

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

ersch. 2 mal wöchentl., am Montag früh. — Bezugspreis: Abholer monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.80 M., durch Träger und anson. Vertretungen frei im Haus monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., durch die Post bezogen monatlich 1.60 M., vierteljährlich 4.80 M., ohne Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Amliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Druckerei: Wiesbaden, Nikolastr. 11. Fernruf Nr. 2015, 2016, 2017. — Anzeigenpreis: In Wiesbaden und Provinz Nassau 20 Pf., Neulandgebiete 1.—M.; außerhalb 30 Pf., Neulandgebiete 1.50 M., Zeitungspreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbelegungen 5 M., pro 1000.

Nummer 608

Freitag, 29. November 1918.

72. Jahrgang.

Chaos oder Ordnung?

Die Frage, in wessen Händen eigentlich tatsächlich die Regierung im Reich liegt, ist heute nicht ohne weiteres zu beantworten. Die amtlichen Erklärungen über die Verteilung der Gewalten widersprechen sich. Vor kaum acht Tagen hat man in Berlin versucht, die Machtbefugnisse der Groß-Berliner A. u. S.-Räte gegenüber der Stellung der Volksbeauftragten Ebert-Daase abzugrenzen. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen hat man nur gehört, daß es zu einer Einigung gekommen sei. Näheren Aufschluß über die Art dieser Einigung gab dann ein Artikel des Regierungsblattes, der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. Darin wurde am 28. November festgehalten:

„Nach wie vor liegt die oberste politische Gewalt und die letzte Entscheidung in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, die im Volksgesamtsrat des Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrates so lange ihre Vertretung haben, bis die Arbeiter- und Soldatenräte aus der ganzen deutschen Volkrepublik einen gemeinsamen Volksgesamtsrat gewählt haben werden. Dieser Volksgesamtsrat stellt gewissermaßen einen Erlaß für die souveräne Volksvertretung dar, und von seinem Willen hängt es ab, welcher Kurs getreten wird. Die Reichsregierung, der Rat der Volksbeauftragten, handelt im Einvernehmen mit dem Volksgesamtsrat und kann auch nur so lange im Amte bleiben, wie er sich in Übereinstimmung mit dem Willen dieses Volksgesamtsrats befindet.“

Damit ist also klipp und klar gesagt, daß der Berliner A. u. S.-Rat beim Volksgesamtsrat die eigentliche Gewalt über die Geschicke des Reiches in Händen hat. Dagegen stellt der Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung in einer Erklärung vom 27. November, also vier Tage nach obiger Erklärung, folgendes fest:

„Der Volksgesamtsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte ist keine Vertretung des Reiches. Er ist nicht Inhaber der obersten Reichsgewalt.“

Wer hat nun recht? Wer besitzt nun eigentlich die Reichsgewalt? An einer anderen Stelle der Erklärung vom 27. November heißt es: „Nichts darf die Freiheit antauchen. Kein Terror von rechts oder links.“ Mit diesem Terror von links meint der Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung, der im Namen der Fronttruppen spricht, nichts anderes als die Diktatur des Berliner Volksgesamtsrats. Gewisse Vorgänge der letzten Tage lassen jedoch kaum noch einen Zweifel, daß dieser radikal gestimmte Berliner Volksgesamtsrat schlimmer als ein absoluter Tyrann seine Gewalt über die Regierung Ebert-Daase ausübt. Jemandem sagte auch ein Vertreter des Volksgesamtsrats, widerwärtige Minister würden einfach davongejagt. In der Vollversammlung vom 25. November setzte der Volksgesamtsrat glattweg den preußischen Justizminister Spahn ab. Nun ist ein neuer Konflikt ausgetrochen: der Staatssekretär des Auswärtigen Dr. Solf ist von der Münchener Regierung scharf angegriffen worden, die A. u. S.-Räte haben die Angriffe von München gebilligt, und der Volksgesamtsrat bestimmt nun einfach wie ein absoluter Herrscher folgendes: „Der Rat der Volksbeauftragten wird ersucht, Solf sogleich zu verhaften, daß Herr Solf aus seiner Stellung ausscheidet.“ Berliner Blätter sind der Meinung, daß dieser Fall möglicherweise zu einer Krise in der Regierung führt. Daß dieser Volksgesamtsrat wirklich eine Diktatur über das Reich anmacht, steht fest. Es dürfte nicht überflüssig sein, festzustellen, wer im Volksgesamtsrat sitzt. Ihm gehören an sechs unabhängige Sozialisten, fünf gemäßigtere Sozialisten und zwölf Soldaten. Ebenfalls Sozialisten beider Richtungen. Den Vorsitz hat Herr Müller, der in einer Sitzung erklärte, der Weg zur Nationalversammlung gehe nur über seine Rechte. Müller war Kandidat der Unabhängigen im Reichstagswahlkreis Berlin I, erhielt aber kaum zehn Prozent der Wählerstimmen. Dieser Herr Müller scheint heute der allmächtige Mann im Reich zu sein, d. h. er will es sein. Das also ist unsere derzeitige Reichsregierung. Wie unter diesen Umständen eine Nationalversammlung zustande kommen wird, ist noch nicht abzusehen. Denn die Unabhängigen, die im Volksgesamtsrat herrschen, haben sich offen gegen eine baldige Einberufung erklärt. Und wem ungeheurer Schaden dem Reich tagtäglich dadurch erwächst, daß der passive Widerstand gegen diese Diktatur das im Interesse des Volkes höchste einheitliche Handeln vereitelt, ist leicht zu erkennen. Wie sollen wir auf diesem Wege zum Frieden kommen? Herr Müller und Genossen wollen erst Sozialisierung und dann Frieden. Welche uns, wenn Herr Müller seinen Willen durchsetzt! Hoffen wir, daß durch die heimkehrenden Feldherren der Radikalismus der Herren Müller und Viehnicht in seine Grenzen gewiesen wird. Die oben angeführte Erklärung des Soldatenrates bei der Obersten Heeresleitung trägt den Terror von links berechtigt zu dieser Hoffnung.

Der Kampf gegen den Volksgesamtsrat.

In einer langen Sitzung der Berliner A. u. S.-Räte wurde das unerhörte Treiben des Berliner Volksgesamtsrats, der sich die Reichsgewalt anmaßt, am Tageslicht gehalten. So führte Leumann Gerhard u. a. aus: Der Volksgesamtsrat Strebel fragte mich, was denn überhaupt eine Nationalversammlung sei. (Große Heiterkeit und Unruhe.) Im Abgeordnetenhause und im Herrenhause besteht bei den Soldatenräten die groteskeste Miswirtschaft, eine unglaubliche Welter- und Gänsefleischwirtschaft bei hohen Löhnen. — Leumann Colin-Mohr: Wir sehen im Volksgesamtsrat Verwahrlosung und eine böse Finanzwirtschaft. Die Mitglieder der Volksgesamtsratmitglieder mit 30 Mark für den Tag und für Schreibmaterial mit 30 Mark sind unerhörte Löhne. Was haben dagegen die Kriegsbefähigten? Wenn wir so weiter machen, kommt die Reaktion,

Amtliche Bekanntmachungen des Arbeiter- und Soldaten-Rates.

Auf Anordnung des Staatssekretärs des Reichs Ernährungsamts tritt mit demselben Tage keine Verordnung vom 11. Juli 1918 über Ablieferung von Bucheckern wieder in Kraft. Die inzwischen ergangene Bekanntmachung über Freigabe der Bucheckern an die Sammler wird im Interesse der Aufrechterhaltung der Volksernährung hiermit aufgehoben. Wiesbaden, den 28. November 1918.

Die Bevölkerung von Wiesbaden wird hiermit nochmals aufgefordert, sämtliche Waffen bis spätesten Samstag, den 30. November 1918, abends 6 Uhr, an die Waffenabgabe, Käßlerstraße, Schersteinstraße, Eingang Straßensbahn-Endhalte, abzuliefern. Luftwaffen und Jagdgewehre sind von der Ablieferung vorerst befreit. Wiesbaden, den 28. November 1918.

Die in Privathaushaltungen beschlagnahmten Lebensmittel sind vom 29. November ab in der alten Artilleriekaserne 1. Stof., Eingang Rheinstraße, von 8—1 Uhr vorm. und 3—4 Uhr nachm., abzuliefern. Die Einwohnerschaft wird darauf aufmerksam gemacht, daß ein Teil der beschlagnahmten Lebensmittel der Sanitätsfürsorge überwiesen wird. Wiesbaden, den 29. November 1918.

Der Entlassungsantrag für Unteroffiziere und Mannschaften.

R.-M.-Verfügung vom 16. November 1918.

1. Sämtliche zur Entlassung kommenden Mannschaften sind in dem in ihrem Besitz befindlichen Dienstanzug zu entlassen, da die rechtzeitige Beschaffung der Zivilkleider unter den derzeitigen Verhältnissen unmöglich sein dürfte. Die Leute sind zu belehren, daß die Ablieferung des Entlassungsanzuges an das Bezirkskommando baldigt zu erfolgen hat. Bedürftige haben Gesuche um unentgeltliche Bekleidung an das Bezirkskommando zu richten.

2. Bei fast allen militärischen Stellen verlangen künftige Soldaten teils ganz neue Einleidung, teils die Abgabe einzelner Bekleidungsstücke unter Vorlage der verbleibenden Ausweise von Arbeiter- und Soldatenräten, einzelnen Personen und auch von Behörden. Die Bekleidungsbestände sind in letzter Zeit stark zusammengeschmolzen und ihre Ergänzung bereitet durch das Fehlen der Transportmittel große Schwierigkeiten. Es ist daher unbedingt notwendig, daß sämtliche Anforderungen auf Verabfolgung von Bekleidungsstücken, insbesondere der zur Entlassung kommenden Mannschaften, herausfinden geprüft werden, ob eine Ausstattung mit neuen Stücken notwendig ist, oder ob der in Trägung befindliche Anzug noch brauchbar ist, damit unter allen Umständen den Anforderungen der aus dem Felde zurückkehrenden Truppen entsprochen werden kann.

3. Anforderungen auf Bekleidungsstücke sind von den entlassenen Mannschaften ausschließlich an ihren zuständigen Erlassungstruppenteil zu richten.

4. Zur Vervollständigung und zum Umtausch der Bekleidungsstücke deursander, kranker usw. Mannschaften werden in sämtlichen Garnisonen, soweit erforderlich, Entkleidungsstellen errichtet, bei denen sämtliche Einzel-einkleidungen und Umtausche nach vorheriger Prüfung des Bedürfnisses vorgenommen werden.

5. Alle nicht zum Entlassungsantrag gehörigen Ausstattungsstücke sind sofort zurückzugeben.

6. Das Einleidungsamt für Wiesbaden befindet sich in der Turnhalle der Volksschule an der Bleichstraße.

Garnisonkommando. Arbeiter- und Soldatenrat.

Der Vertreter der Ostfront gab folgende Erklärung ab: In Vertretung von etwa vierhunderttausend Kameraden der Ostfront erklären wir, daß die Veranlassung durch die gewalttätigen, unparlamentarischen Vorgehen nicht nur die Reichseinheit aufs schwerste gefährdet, sondern vor allem schwerste Unruhen in die Straßen Berlins trägt. Die Hoffnung unserer Kameraden an der Ostfront, die nur auf der Einhaltung der Einheit beruht, bricht damit zusammen. Wir bitten daher nochmals alle Kameraden, die Folgen zu überlegen und die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Delegation der Ostfront: Dehne, Bergmann.

H. Müller: Mit Bedauern haben wir gehört, daß die Kameraden vom Süden und Osten die Versammlung verlassen haben. Es ist nicht wahr, daß wir vor dem Nichts oder vor einem Trümmerhaufen gestanden haben. Es war eine ungeheure Masse an Kriegsgüter und an Nahrungsmitteln vorhanden. Das weiß ich als Bevollmächtigter des Volksgesamtsrats für das Verwaltungsdepartement. Raubhau ist erst getrieben worden, nachdem der Volksgesamtsrat die Nacht erhalten hatte. (Große Unruhe.) Was denn heißt war, hat der Volksgesamtsrat zertrümmert. Bei der alten Regierung mag vieles schlecht gegangen sein, jetzt geht es aber noch viel schlechter. (Brausender, anhaltender Beifall.) — Ein Vertreter der in den Saal zurückgekehrten Badener erklärte: So wie heute verhandelt worden ist, geht es nicht weiter.

Di. Badener hatten unter Protest den Sitzungsraum verlassen.

Ein Vertreter der Ostfront erklärte namens 400 000 Kameraden, die Versammlung sei geeignet, die Reichseinheit auf

schwerste zu gefährden und Unruhen in die Straßen Berlins zu tragen. Damit bricht die Front zusammen. Ruhe und Ordnung sei nötig. Auch er verlasse den Saal.

Unteroffizier Cornig: Velder bin ich nicht in der Lage, dem Volksgesamtsrat heute das Vertrauen auszusprechen. Der Volksgesamtsrat hat das Chaos nur noch vermehrt. Der Volksgesamtsrat hat auch heute noch nicht die Zustimmung der Soldatenräte gefunden. Niemand hat so leicht Männer auf verantwortungsvolle Stellen gekommen, wie die Mitglieder des Volksgesamtsrats („Sehr richtig!“) Vor allen Dingen brauchen wir eine Kontrolle über den Volksgesamtsrat.

Ein Mitglied des Münchener Soldatenrates: Im Süden hat man den Eindruck, in Berlin sei alles toll geworden. Wir Süddeutschen wünschen im friedlichen Einvernehmen mit Norddeutschland zu arbeiten für die Reichseinheit. (Brausender Beifall.) Geben Sie uns die Versicherung, daß Sie eine Rationalisierungsmission wünschen.

Ein Vertreter der Westfront erklärte: Geben Sie ruhig und sachlich gegen den Volksgesamtsrat vor. Heute hat sich hier auch keine deutliche Manneszucht gezeigt. Ein Antrag Bälner auf Einsetzung einer siebenköpfigen Kommission wird einstimmig angenommen.

Oberleutnant Ba lz, der aus dem Kriegsministerium und aus dem Volksgesamtsrat ausgeschieden wurde, teilte mit: Schon längere Zeit vor der Revolution bin ich zum Sozialismus übergegangen. Ich habe als Kompanieführer meine Leute dahin gebracht, daß sie unter keinen Umständen auf Arbeiterwaffen stehen werden. Ich stand damals schon mit Ledebour in Verbindung. In einer Versammlung, an der auch Viehnicht, Daase, Ledebour, Müller und einige Arbeitervertreter teilnahmen, wurde beschlossen, am Montag, den 4. November, die Revolution stattfinden zu lassen. Ich kamme auch dafür. Am Abend wurde die Dinausschreibung beschlossen, weil die Stimmung noch nicht so weit sei. Wir wollten nicht mehr so häufig zusammenkommen, um uns nicht zu verraten. Daran wurde ich auf Befehl des Kommandierenden Generals verhaftet. Vor dem Untersuchungsrichter bin ich wohl auf das bestimmte Ankreuzen des Nichters hineingefallen und habe manches erzählt, was ich nicht hätte sagen dürfen. Daumia wurde darauf schiefgeschickt. Berraten habe ich nicht. Häßlichen habe ich eine Dummbel gemacht. Nun soll ich in drei Tagen aus Berlin abreißen und zwar auf Veranlassung des Volksgesamtsrats. (Pluruse.)

Die Front gegen Berlin.

Berlin, 29. Nov. (Eig. Tel.)

Der Volksgesamtsrat verhandelt über ein Ultimatum Schlesiens, das von der Berliner Regierung die sofortige Ausschreibung der Konstituante-Wahlen und die Auslegung der Wählerlisten verlangt. Schlesien droht im Fall der Weigerung, sich politisch und wirtschaftlich von den übrigen Preußen abzuschließen. Da Schlesien anerkanntlich das Hauptgebiet der Kohlenversorgung für Mittel- und Westdeutschland darstellt, würde durch die Ausführung der Drohung eine verhängnisvolle Lückung der Kohlenfrage eintreten.

Wie der „Voss. Ztg.“ aus Stettin gemeldet wird, erklären die einmarschierenden baltischen Regimenter mit Nachdruck, bis auf den letzten Mann auf dem Boden der Nationalversammlung und der achtmährischen Volksgesamtsrat zu stehen; sie würden nötigenfalls mit Süd- und Westdeutschland gemeinsam vorgehen, die Einberufung der Nationalversammlung zu sichern.

Pfow und Dünaburg in den Händen der Bolschewisten.

Stockholm, 29. Nov. (L.-U. Tel.)

Die russischen Bolschewistentruppen nahmen Pfow ein. Das Schicksal der dort verbliebenen russischen freiwilligen Kockdarmen ist unbekannt. Teile von ihr gingen zu den Roten über. Eine spätere Meldung besagt, daß auch Dünaburg eingenommen wurde und Narwa beschossen wird. Die deutschen Soldaten bestanden abzugeben. Da gleichzeitig zahlreiche zurückkehrende russische Kriegsgesangene anwesend sind, so wird ein großer Wirrwarr entstehen. Von den bedrohten Gebieten wurde nach Finnland die Bitte um Hilfe gerichtet. Man fürchtet das Schlimmste, falls nicht Hilfe von irgend-einer Seite eintrifft.

Das bolschewistische Schredensregiment.

K. Basel, 28. Nov. (Eig. Tel.)

Die „Morningpost“ meldet indirekt aus Moskau: Die Bolschewisten haben im Oktober in Moskau 670 Todeurteile als Repressalien gegen die bürgerlich-Bevölkerung gefällt.

Sperrung der englischen Häfen.

K. Basel, 28. Nov. (Eig. Tel.)

Die englischen Häfen sind seit Mittwoch mitternacht gesperrt. Nach zuverlässigen Berichten findet in England die Zusammenstellung neuer Truppenformationen statt. Die nach dem Festlande gehen sollen.

Hindenburg an die Soldaten.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg richtete folgenden Aufruf an das Feldheer:

Soldaten, die ihr mehr als vier Jahre lang treu in Feindesland ausgehalten habt, denkt daran, wie unendlich wichtig es für Heer und Heimat ist, daß sich die Rückführung der Armeen und die Entlassung ihrer Verbände in voller Ruhe und Ordnung vollzieht. Nur wenn jeder Einzelne

